

26.03.90

Wi - AS - Fz - Id

Empfehlungen

der Ausschüsse

zum

Sondergutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

"Zur Unterstützung der Wirtschaftsreform in der DDR:

Voraussetzungen und Möglichkeiten"

Punkt der 611. Sitzung des Bundesrates am 6. April 1990

A

1. Der federführende Wirtschaftsausschuß

empfiehlt dem Bundesrat, zu dem Sondergutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung "Zur Unterstützung der Wirtschaftsreform in der DDR: Voraussetzungen und Möglichkeiten" wie folgt Stellung zu nehmen:

Der Bundesrat nimmt das Sondergutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung "Zur Unterstützung der Wirtschaftsreform in der DDR: Voraussetzungen und Möglichkeiten" zur Kenntnis.

Der Bundesrat ist der Auffassung, daß es zu einer Währungsunion im Sinne einer einheitlichen Währung keine überzeugende Alternative gibt. Er unterstreicht in Übereinstimmung mit dem Sondergutachten des Sachverständigenrates, daß es in der DDR zu einem radikalen Bruch mit der sozialistischen Vergangenheit und zur zeitgleichen Einführung einer sozialen Marktwirtschaft kommen muß. Nur unter dieser Voraussetzung

Ausgeliefert am 26. MRZ. 1990

einschließlich einer sozial- und strukturpolitischen Flankierung ist ein einheitlicher Währungsraum sinnvoll und erfolgversprechend. Dann hält der Bundesrat die Risiken, die daraus für die Stabilität in beiden deutschen Staaten resultieren können, für begrenztbar.

Um der Bevölkerung in der DDR rasch das notwendige Vertrauen in die Zukunft zu vermitteln, empfiehlt der Bundesrat der DDR, sich weitgehend an der bewährten Wirtschafts-, Finanz- und Sozialverfassung der Bundesrepublik zu orientieren. Die damit einhergehende Schaffung klarer, berechenbarer Rahmenbedingungen hält er auch mit Blick auf die notwendige breite Mobilisierung in- und ausländischer Investoren für zwingend geboten.

Die Länder sind im Rahmen ihrer deutschlandpolitischen Kompetenzen und Möglichkeiten grundsätzlich zu einer breiten Unterstützung der wirtschaftlichen Erneuerung der DDR bereit.

B

2. Der **Ausschuß für Arbeit und Sozialpolitik**,
der **Finanzausschuß** und
der **Ausschuß für Innerdeutsche Beziehungen**
empfehlen dem Bundesrat, von dem Sondergutachten Kenntnis zu nehmen.